



Allgemeine Informationen

Die Fraktion Identität & Demokratie (ID) vertritt nationalkonservative, EU-skeptische und rechtspopulistische Ansichten und Werte. Die 62 Abgeordneten der ID stammen aus neun Mitgliedstaaten der EU und zehn unterschiedlichen nationalen Parteien (davon u.a. 29 Abgeordnete der italienischen Lega, 17 Abgeordnete der französischen Rassemblement National, neun Abgeordnete der deutschen AfD) sowie einigen parteilosen Abgeordneten. Der Fraktionsvorsitzende der ID ist Marco Zanni von der italienischen Lega Partei. Die Fraktion hat außerdem 2 Vizepräsidenten, Jordan Bardella und Gunnar Beck.

Grundüberzeugungen

Wir als ID-Fraktion sind darauf bedacht, mehr Arbeitsplätze und Wirtschaftswachstum zu schaffen. Zudem stehen wir für erhöhte Sicherheit, dazu zählt vor allem die Eindämmung illegaler Migration.

Auch für die Verringerung der EU-Bürokratie setzen wir uns ein. Dabei soll eine Zuständigkeitsverschiebung von der EU in die Nationalstaaten und deren untergeordnete Einheiten (z. B. den Bundesländern) helfen.



**IDENTITÄT
UND DEMOKRATIE**

Fraktion

Identität und Demokratie
(ID)

im Europäischen Parlament

Größe: 62 Abgeordnete bzw.
9 % der Sitze

Fraktionsvorsitzender:
Marco Zanni 

auf der SimEP 2023

Größe: 11 Abgeordnete

Fraktionsvorsitzende:
Janne Hilbers
Ann-Cathrin Marquardt

Internetseite:
de.idgroup.eu



Beschäftigung und soziale Angelegenheiten [EMPL]

Die ID-Fraktion lehnt Kompetenzen auf EU-Ebene grundsätzlich ab, sowie Europäische Behörden, da die Kompetenz Hoheit grundsätzlich den Nationalstaaten vorbehalten werden sollte. Deshalb können wir auch eine Geldstrafe bei Verstoß von Arbeitnehmerrechten nicht befürworten.

Die ID erkennt den Nutzen eines gesetzlich geregelten Mindestlohns an, allerdings sieht sie keine Relevanz einer inner-europäischen Einheitsregelung. Die Nationalstaaten können sich an die Empfehlung der EU bezüglich eines Mindestlohns halten, sollten jedoch frei entscheiden können, ob sie dies aktiv umsetzen oder nicht.

Kultur und Bildung [CULT]

Wir begrüßen generell das Erkunden des christlichen Abendlandes von jungen Studenten und fördern solche Bildungsangebote. Wir wollen jedoch junge Menschen nicht entwurzeln und dazu verpflichtet, ihre Heimat zu verlassen, nur um einen weiteren Bildungsabschluss zu erreichen.

Zudem begrüßt die ID Fraktion eine einheitliche Anerkennung von Schul-/Studien-/ und Berufsabschlüssen innerhalb der EU, damit Kosten von weiteren Tests zur Anerkennung von Bildungsabschlüssen nicht zu Lasten europäischer Bürger fallen.

Rechte der Frauen und Gleichstellung der Geschlechter [FEMM]

Die ID-Fraktion sieht keine Notwendigkeit einer quotenbasierten Regelung in Anbetracht der Gender Pay Gap. Christine Anderson merkt folgendes an: „Quoten sind willkürlich und machen das Geschlecht dort zu einem Kriterium, wo es keines sein sollte. Frauenquoten produzieren Quotenfrauen und führen immer zum Aufstieg von weniger fähigen Menschen zulasten der Fähigeren. Damit pervertieren sie den Leistungsgedanken und nivellieren nach unten. Darunter leidet die Gesellschaft. Unternehmen sollten in einer freien Marktwirtschaft souverän selbst darüber entscheiden können, welches Personal sie einstellen. Ihnen das vorzuschreiben, ist ein inakzeptabler Angriff der EU auf die Vertragsfreiheit.“¹

Des Weiteren sollten Lohnangleichung sowie Frauengelder nicht zu Lasten der EU-Bürger fallen und somit, wenn notwendig, freiwillig von einzelnen Nationalstaaten finanziert werden. Wobei die Einführung eines pauschalen Frauengeldes nicht eingeführt werden sollte. Eine Belastung durch sogenannte Frauengelder fällt nur zu Lasten der arbeitenden Bürger und führt zu einer ungleichen Behandlung Arbeiter beider Geschlechter.



Industrie, Forschung und Energie [ITRE]

Der Ausbau der Forschungskompetenzen wird auf EU-Ebene grundlegend abgelehnt, da dies Teil der nationalen Angelegenheiten bleiben sollte.

In Anbetracht des Punktesystems für Arbeitsmigration sehen wir einen großen Nutzen in der Identifikation von hochqualifiziertem Personal mit keinerlei Vorstrafen. Eine solche Identifikation würde zu einem ökonomischen Aufschwung der Nationalstaaten der EU führen und den generellen Wohlstand sichern. In diesem Sinne ist ein durch kriminelle Aktivitäten aufgefallener Migrant sofort abzuschicken.

[Quellen]

- [1https://de.idgroup.eu/christine_anderson_mdep_afd_gender_balance_plan_der_eu_frauenquoten_produzieren_quotenfrauen](https://de.idgroup.eu/christine_anderson_mdep_afd_gender_balance_plan_der_eu_frauenquoten_produzieren_quotenfrauen)
- <https://de.idgroup.eu/>